



Berlin, 11. Juli 2013

Gebäude sind der vernachlässigte Teil der Energiewende

Gebäude-Allianz: Hohe Kosten für Raumwärme und Warmwasser sind unnötig

Berlin – Hauseigentümer und Mieter geben noch immer zu viel Geld für Raumwärme und Warmwasser aus. Dies kritisierten am heutigen Donnerstag 35 Umwelt- und Fachverbände, Unternehmen, Gewerkschaften und Verbraucherschutzverbände. Sie haben sich zu einer „Gebäude-Allianz“ zusammengeschlossen und wollen mit konkreten Vorschlägen die Modernisierung der Gebäude in Deutschland beschleunigen. Denn bislang, so die Partner, sei der Gebäudebestand das „vernachlässigte Drittel der Energiewende“.

Derzeit fehle es vor allem an zeitgemäßen Energiestandards, Verlässlichkeit für Investoren, Eigentümer und Industrie, ausreichenden wirtschaftlichen Anreizen sowie einer gerechten Kosten- und Nutzenverteilung zwischen Staat, Vermietern und Mietern. Die Partner appellierten an die kommende Bundesregierung, ein neues Maßnahmenpaket für die Gebäudemodernisierung festzulegen. Andernfalls drohe die Energiewende zu scheitern. Zudem müssten die drei entscheidenden Säulen der Sanierung, das Informieren und Beraten, das zielgerichtete Fördern sowie die Formulierung entsprechender Anforderungen, stärker vorangetrieben werden.

„Akzeptanz und Vertrauen in die Energiewende erzeugen wir für Hauseigentümer, Investoren sowie Miet- und Kaufinteressenten nur, wenn wir mehr Transparenz bei der Bewertung von Gebäuden schaffen“, sagte Jürgen Hofmann, Vorsitzender des Bundesverbands der Gebäudeenergieberater, Ingenieure und Handwerker. Sie alle müssten künftig auf einen Blick erkennen können, wie der Ist-Zustand eines Gebäudes ist und diesen mit den langfristigen Klimaschutz- und Energiezielen vergleichen können. Um mehr Hauseigentümer zu einer qualifizierten Beratung zu verhelfen, forderte Hofmann stärkere Anreize vonseiten des Staates sowie den Aufbau regionaler Beratungs- und Sanierungsnetzwerke mit qualifizierten Energieberatern.

Die Energiewende im Gebäudesektor könne zudem für langfristig gesicherte Arbeitsplätze und eine enorme Wertschöpfung sorgen, so Martin Mathes, Referent für Wirtschafts-, Bau- Arbeitsmarktpolitik der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt. Voraussetzung dafür seien allerdings entsprechende Rahmenbedingungen, die die Bundesregierung setzen müsse.

„Dazu zählt eine langfristige Planungs- und Investitionssicherheit durch verstetigte und aufgestockte Förderung, neue wirtschaftliche Anreize und ein berechenbares Ordnungsrecht genauso wie ein verlässlicher Schutz der Mieter vor Warmmietensprüngen durch Sanierungen“, so Mathes. Zudem könnten die Erhöhung der CO₂-Gebäudesanierungsprogramme der KfW-Bankengruppe von derzeit 1,8 auf fünf Milliarden Euro sowie zusätzliche wirtschaftliche Anreize dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen, Energiekosten stabil zu halten und das Klima durch einen verminderten Einsatz fossiler Brennstoffe zu schonen.

„Um langfristig den Wert unseres Immobilienbestandes zu erhalten und zu steigern, müssen wir die Verschwendung von Energie und Ressourcen schrittweise verringern“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Mehr Ökologie und Nachhaltigkeit in den Kriterien zur Förderung der Gebäudesanierung seien dringend erforderlich. Nur so könnten sich künftig intelligente Lösungen für den Ressourcenschutz durchsetzen.

Die Forderungen der Gebäude-Allianz finden Sie unter
www.NABU.de/imperia/md/content/nabude/energie/mission_statement.pdf

Ansprechpartner:

Ulf Sieberg, NABU-Energieexperte, mobil 0173-9001782, Ulf.Sieberg@NABU.de